ooe.kpoe.at

Nr. 2 | 2010

Das superrote Infoblatt

Kommunalpolitische Informationen der KPÖ Linz

KPÖ

Auf die Armen wird hingedroschen

Politik und Wirtschaft haben die BettlerInnen ins Visier genommen, weil sie von den wirklichen Problemen ablenken wollen.

Während der Kaufrausch hysterische Züge annimmt, Punschstände aus dem Boden schießen, hat man zum Gaudium des „kleinen Mannes" einen neuen Sündenbock präsentiert.

„Organisierte BettlerInnen" würden die allgemeine Harmonie stören, heißt es von Politik und Kaufleuten. Man spricht von Bettlermafia, gerade so, als würden Serienmörder auf der Straße sitzen und um das nackte Überleben raufen. Man hat die ärmsten der Armen ausgewählt um von der grassierenden sozialen Unsicherheit abzulenken.

Gerlinde Grünn
KPÖ-Gemeinderätin

Ein superrotes Jahr im Gemeinderat

Ein Jahr ist die KPÖ wieder im Linzer Gemeinderat vertreten, Zeit für eine erste Bilanz.

Der kommunale Diskurs hat eine kritische Stimme für Sozialpolitik statt Strafpolitik gewonnen. Die KPÖ engagiert sich gegen die Stadtwache, für soziale Gerechtigkeit und das öffentliche Eigentum.

Der Antrag zum Verbotsgesetz war ein klares antifaschistisches Zeichen. Fragen kommunaler Demokratie wie Teilhabe und Kontrolle gewinnen an Gewicht.

Informieren und einmischen

Je mehr Menschen sich in die Stadtpolitik einmischen, desto besser. Das superrote Infoblatt will dazu informieren und für linke Kommunalpolitik interessieren.

Was braucht eine moderne Verkehrspolitik?

Verkehr ist ein Schlüssel- und Reizthema in dieser Stadt. Was sind die Erwartungen an eine zukünftige Verkehrspolitik für Linz?

Wolfgang Schober *Filmemacher*
Die VerkehrspolitikerInnen müssen aus ihrem Dämmerschlaf erwachen. In Linz muss die Pendlerproblematik gelöst werden. Das funktioniert nicht durch neue Straßen mit zusätzlichem Verkehr, sondern durch Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Kombiniert mit dem Willen einen Umdenkprozess in Gang zu setzen.

Bärbel Staub *FH-Studentin*
Ich fahre täglich mit Öffis nach Wels und zahle dafür mit Aktivpass 55 Euro im Monat. Ist mein Einkommen knapp über tausend Euro kostet es doppelt so viel. Öffis müssen für alle leistbar sein. Ein vernünftiges Konzept für PendlerInnen ist notwendig statt durch den Westring den Individualverkehr anzukurbeln.

Christoph *Mitwirkender einer Fahrradselbsthilfewerkstatt*
Mhmm, nicht viel, ein Umdenken bestimmt nicht. Es wird bestimmt das Autoverkehrsnetz ausgebaut, damit jede_r schnell die Umwelt versauen kann. Nebenbei werden die Innenstadt mit Parkhäusern zugepflastert, die Ticketpreise für „Öffis“ erhöht und RadfahrerInnen gestraft, die die StVO nicht einhalten.

Von allen guten Geistern verlassen?

Die Landespolitik kürzt das Sozialbudget

Die Mittel für psychosoziale Beratung um ein Drittel zu kürzen grenzt an Fremdgefährdung. Eigentlich Grund den Politikern den Polizeiarzt zu schicken. Seit Jahrzehnten leisten EXIT-sozial und pro mente Hilfe für Menschen in akuten psychischen Krisen, stellen Freizeiteinrichtungen für benachteiligte Menschen zur Verfügung. Ein Beitrag zur Senkung der Selbstmordrate.
Ab Jänner stehen bis zu hundert Kündigungen, Schließung von Beratungsstellen und längere Wartezeiten ins Haus.

Erledigung per Warteliste?
Meinen Politiker, dass sich Krisenfälle „von selbst erledigen“? Sollen gekündigte SozialarbeiterInnen Mindestsicherung beantragen?
Solche Kürzungen führen zu höheren Kosten, eigentlich müsste der Landesrechnungshof aktiv werden. Und wenn die Suizidrate steigt, sollte sich die Staatsanwaltschaft mit dieser Art von Sozialpolitik befassen.

Karin Antlanger
Juristin und Sozialpädagogin
Betriebsratsvorsitzende von EXIT-sozial Linz

Soziale Kälte im Gemeinderat

Die erbärmlichsten Figuren im Linzer Gemeinderat haben wieder einmal besonderen Mut bewiesen und einen Antrag eingebracht, der allein darauf hinausläuft, die Schwächsten der Schwachen, die Ärmsten der Armen aus der Stadt zu vertreiben.

Ihr Antrag, nun auch in Linz ein Bettelverbot durchzusetzen, war begleitet von Krokodilstränen, die durchschaubarer nicht sein könnten. Sie würden ja nur die international ausgebeuteten BettlerInnen schützen wollen, die in die Hände einer Mafia geraten seien und zum Betteln gezwungen werden, ist wohl das miserabelste Argument, das je gegen BettlerInnen vorgebracht worden ist.
Ihnen ginge es ja nur um die gewerbsmäßige und organisierte Bettlerei so ihr Sermon. Abgesehen davon, dass betteln immer gewerbsmäßig ist, weil es für die betroffenen Menschen die einzige Möglichkeit darstellt, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, zeigt sich hier die Niedertracht ihres Ansinnens besonders scharf.

Krokodilstränen

Mit dem Gerede von der Bettlermafi a werde jene, die um ihr nacktes Überleben raufen, gleichgesetzt mit Schwerverbrechern aus Sizilien und Kalabrien. Es dient nur dazu, Angst zu schüren um den geplanten Bettelverboten die nötige Akzeptanz zu verleihen. Ebenso das Gerede von dubiosen Hintermännern hinter den BettlerInnen, von Bettlerbanden. Es kriminalisiert die Armut und die Armen, es will glauben machen, als wäre arm sein organisierte Kriminalität.

Kriminelle Arme?

Mit dem Gerede von der Bettlermafia werde jene, die um ihr nacktes Überleben raufen, gleichgesetzt mit Schwerverbrechern aus Sizilien und Kalabrien. Es dient nur dazu, Angst zu schüren um den geplanten Bettelverboten die nötige Akzeptanz zu verleihen. Ebenso das Gerede von dubiosen Hintermännern hinter den BettlerInnen, von Bettlerbanden. Es kriminalisiert die Armut und die Armen, es will glauben machen, als wäre arm sein organisierte Kriminalität.

Aus den Augen

Letztlich geht es Politik und Handel darum, die Armut aus dem Blickfeld der Menschen zu verbannen.
Denn BettlerInnen zeigen den PassantInnen, dass wir in einer Gesellschaft leben, in der Armut auf der Tagesordnung steht. Es macht bewusst, nämlich dass es jeden treffen kann. Und das ist dem besinnungslosen Konsum nicht zuträglich, wie ihn Wirtschaftstreibende wünschen. Nicht umsonst hat sich andernorts die Wirtschaftskammer an die Spitze der Anti-Bettler-Kampagne gestellt. BettlerInnen werden als Bedrohung dargestellt um davon abzulenken, dass es das System in dem wir leben ist, das uns bedroht.

Spitze Splitter
aus dem Gemeinderat

Musikschulgebühren erhöht

Abgelehnt hat die KPÖ die Erhöhung der Musikschulgebühren um sieben bis elf Prozent. GR Gerlinde Grünn betonte, dass dies nach dem Botanischen Garten und den Marktgebühren heuer bereits die dritte Erhöhung ist und verlangte einen Gebührenstopp.

Straßenbahn behindert

Vizebürgermeister Luger teilte zu einer KPÖ-Anfrage mit, dass durch widerrechtlich im Halteverbot abgestellte Autos in der Hauptstraße in Urfahr die Straßenbahn bzw. Bergbahn 2008 120mal und 2009 115mal behindert wurde. Eine Lösung sieht er freilich nicht und vertröstet auf die Verlegung der Straßenbahn unter die Erde.

Kirche ist grundsteuerfrei

Laut Gesetz sind die Kirche und andere Religionsgemeinschaften von der Grundsteuer befreit. Finanzstadtrat Mayr weiß aber nicht einmal, wie viel Steuereinnahmen dadurch der Stadt jährlich entgehen und sieht auch keinen Handlungsbedarf.

BürgerInnenmitsprache urgiert

Die KPÖ hat die Mitsprache der AnrainerInnen bei der Errichtung eines zehnstöckigen Wohnheimes für Studierende in der Altenbergerstraße 9 urgiert. Bürgermeister Dobusch teilte mit, dass das Projekt durch Flächenwidmungsplan und Gestaltungsbeirat abgesegnet ist.

„Braune Flecken“ sind kein Schicksal

Wer an einem sonnigen Wochenende im Donaupark flaniert, stößt auf einen braunen Schandfleck.

Am Hochwasserschutzdamm verunziert das Pionierdenkmal den Donaupark. In unverhohlener Nazi-Ästhetik werden die Krieger zweier grausamer Angriffskriege gehuldigt. Der Architekt und illegale Nazi Alexander Popp hat das Denkmal 1936 entworfen, der Nazi-Bildhauer Wilhelm Frass führte es aus. 1963 wurde es in einem Akt der Gedankenlosigkeit am heutigen Standort aufgestellt. Anfang der 1970er Jahre machten erstmals Übermalungsaktionen auf das Schandmal aufmerksam.

Umgang mit „Erbstücken“

Zahlreich sind die Hinterlassenschaften der Nazi-Ära in Linz. Ob Denkmäler, Straßennamen oder Wohnbauten, wegschauen macht die Nazivergangenheit nicht ungeschehen. Eine Debatte darüber, wie mit diesen „Erbstücken“ umgegangen werden soll, bleibt ein politischer Dauerbrenner.

Städtischer Geldregen für das Kapital

Wenn es um die Wirtschaft geht, ist die Stadt Linz großzügig, werden Budgetprobleme ignoriert.

Während in Wien, Graz oder Salzburg die Betriebe mitzahlen, macht die Stadt Linz für eine ausufernde Weihnachtsbeleuchtung rund 400.000 Euro locker. Budgetlöcher und Energieverschwendung sind da kein Problem. 3,08 Millionen Euro Kommunalabgabe sind in Linz aktuell ausständig, 0,12 Millionen Euro wurden 2009 als uneinbringlich abgeschrieben: Dies teilte Finanzstadtrat Johann Mayr (SPÖ) zu einer KPÖ-Anfrage mit.

Kohle für die „Krone“

Mit 78.000 Euro subventionierte die Stadt heuer das „Krone-Stadtfest“ des schwerreichen Dichand-Imperiums. Der City-Ring bejubelt die Landstraße als zweitstärkste Einkaufsstraße Österreichs und kassierte heuer als Draufgabe 150.000 Euro Subvention für Marketing.

Und nicht weniger als 1,4 Millionen Euro zahlte die Stadt dem Handel für zwischen 1995 und 2000 entrichtete Getränkesteuer zurück – ein Betrug an den KonsumentInnen, welche diese Steuer über den Preis längst bezahlt haben.
Die KPÖ lehnt solche Geschenke ab: „Es ist nicht akzeptabel, dass bei den sozial Schwachen eingespart, der Wirtschaft hingegen das Steuergeld nachgeschmissen wird“ meint Gemeinderätin Gerlinde Grünn zu diesem Geldregen für das Kapital.

Aktuell, Nummer 05, November 2010

Impressum: Medieninhaber (Verleger), Herausgeber: KPÖ-Oberösterreich, Melicharstraße 8, 4020 Linz, Telefon +43 732 652156, Mail ooe@kpoe.at, Web http://ooe.kpoe.at; Konto Oberbank 480 2195 00 (BLZ 15.000); Druck: digitaldruck.at, Leobersdorf.

Antwortkarte *(oder E-Mail an ooe@kpoe.at)*

Ja, ich bin interessiert, schickt mir Infomaterial:

(Gewünschtes ankreuzen, Absender nicht vergessen, Karte abtrennen und in den nächsten Postkasten werfen.)

- ☐ Kommunalprogramm
- ☐ Probeexemplar „Café KPÖ“
- ☐ Probeexemplar „Volksstimme“
- ☐ Probeexemplar „Die Arbeit“
- ☐ Newsletter an meine E-Mailadresse:

Name und Anschrift:

Postgebühr zahlt Empfänger!

An die
KPÖ-Linz
Melicharstraße 8
4020 Linz

Österreichische Post AG / Sponsoring-Post. GZ 02Z030467 M. Benachrichtigungspostamt 4020 Linz